

NZZ am Sonntag

EU-Rahmenvertrag

Der Ball liegt bei den Sozialpartnern

Nach der Stellungnahme des Bundesrats zum Rahmenvertrag mit der EU besteht aus zwei Gründen Anlass zur Hoffnung: Erstens findet die Landesregierung nach einigen Wirrungen zu einer kohärenten Haltung im Verhältnis zu Brüssel. Zweitens dürfte es der Schweiz helfen, dass in einem der verbliebenen umstrittenen Dossiers, dem Lohnschutz, andere Akteure am Werk sind. Der neue Präsident des Gewerkschaftsbundes, Pierre-Yves Maillard, geht weniger dogmatisch ans Werk als sein Vorgänger. Ausserdem kann Bundesrätin Karin Keller-Sutter einen Beitrag dazu leisten, das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern zu entkrampfen. Die Sozialpartnerschaft ist eine urhelvetische Spezialität: Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen sich in Branchen, Unternehmen oder Regionen ohne Zutun des Staates auf Arbeitsverträge. Sie orientieren sich an den Vorgaben eines liberalen Arbeitsmarktes und tragen so zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei. Es ist möglich, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber bald in einem Kompromiss finden, der die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Kern erhält und der von der EU akzeptiert wird. Die für die Schweizer Wirtschaft eminent wichtigen stabilen Beziehungen zur Europäischen Union könnten so fortgeführt werden. Die Schweiz sollte diese Chance nutzen. *Francesco Benini*

Mexiko

Trumps Machtpolitik schwächt die USA

Der neue Deal mit Mexiko werde die illegale Einwanderung massiv reduzieren oder eliminieren, twitterte US-Präsident Donald Trump am Freitag. Zuvor hatte er den Mexikanern angedroht, hohe Strafzölle auf Importe einzuführen, sollten sie den Migrantenstrom aus Zentralamerika in die USA nicht bald eindämmen. Die Mexikaner versprochen eiligst, den Grenzschutz zu verschärfen und Migranten für die Dauer des Asylverfahrens in Mexiko aufzunehmen. Was das genau heisst für Mexiko, ist noch unklar. Klar ist, dass damit das Migrationsproblem nicht eliminiert ist. Die Ursachen der Krise sind nach wie vor vorhanden. Trump nutzt bloss die wirtschaftliche Macht der USA, um dem Nachbarland seine Politik aufzuzwingen. Dabei haben die USA erst kürzlich ein Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada ausgehandelt. Doch welchen Wert haben künftig Verträge, wenn sie der Stärkere brechen kann, wann immer es ihm passt? Trump schadet mit seinem Verhalten den USA. Sie verlieren als Partner an Glaubwürdigkeit. Er schwächt aber auch eine Ordnung, die auf Regeln und Abkommen basiert und in der auch schwächere Staaten ihre Rechte einfordern können. Eine Errungenschaft, welche die USA einst geschaffen hatten. *Gordana Mijuk*

Filmquote

Feigheit vor dem Erfolg

Jeder fünfte Film im Kino, im Fernsehen und bei den Streamingdiensten soll aus heimischem Schaffen stammen. Eine solche Filmquote fordern Schweizer Filmschaffende. Wer die Zwangsmassnahme nicht befolgt, soll gebüsst werden. Was als Schutzraum nationaler Identität verkauft wird, ist in Tat und Wahrheit eine Arbeitsplatzsicherung für eine Branche, die in den letzten Jahren schon stark gewachsen ist. Wer eine Filmquote fordert, muss der Feigheit vor dem Erfolg bezichtigt werden. Das Publikum dürstet nach guten Schweizer Filmen, das zeigten jüngst Werke wie «Wolkenbruch», «Wilder» oder «Die göttliche Ordnung». Davon wollen wir mehr. Wäre doch gelacht, würden unsere Filmschaffenden das nicht schaffen. *Peer Teuwsen*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Die Schweizer Bevölkerung vertraut der Wissenschaft – zum Glück

Das Ansehen der Forschung befinde sich auf einem Tiefpunkt, lautet eine gängige Klage. In der Schweiz erzählen die Fakten eine völlig andere Geschichte, schreiben **Philipp Burkard und Mike S. Schäfer**

Wissenschaft ist zentral für moderne Gesellschaften, denn sie produziert - nein, nicht die Wahrheit, aber klar das beste verfügbare Wissen für viele individuelle, institutionelle und gesellschaftliche Entscheidungen. Zugleich ist die Wissenschaft auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. Es ist wesentlich, dass Bürgerinnen und Bürger, aber auch Entscheidungsträger sie für wichtig halten, ihren Nutzen erkennen, sie legitim und, nicht zuletzt, förderungswürdig finden.

Die meisten Menschen können diese Unterstützung höchstens teilweise auf eigene Erfahrungen in und mit der Wissenschaft - ihre Arbeitsweisen, ihre Mechanismen der Qualitätssicherung und ihre Ergebnisse - zurückführen. Stattdessen müssen sie auf etwas zurückgreifen, was Sozialtheoretiker als Ersatz für solche Kenntnisse beschreiben: auf Vertrauen.

Gegenwärtig rüttelt allerdings eine Problemdiagnose die wissenschaftspolitische Landschaft in der Schweiz und an vielen anderen Orten auf: Das Vertrauen in die Wissenschaft sinke, hört man in öffentlichen Debatten, in vielen Medien und auch von Forscherinnen und Wissenschaftlern selbst. Das wäre in der Tat gefährlich, denn das würde mittel- und längerfristig das wissenschaftliche System und die Evidenzbasierung unseres Handelns gefährden.

Das Paradoxe ist aber: Evidenzbasiert kann man die Vertrauenskrise der Wissenschaft nicht nachzeichnen. Die sogenannte Wissenschaftsforschung erfasst das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft üblicherweise über repräsentative Befragungen, die es mit den «Science and Engineering Indicators» in den USA, dem Eurobarometer in der EU, dem Wissenschaftsbarometer Schweiz hierzulande und anderen Projekten in mittlerweile vielen Ländern gibt. Und all diese Studien zeichnen weder das Bild eines geringen Vertrauens in die Wissenschaft

noch die Szenerie eines grassierenden Vertrauensverlustes.

Für die Schweiz lässt sich konstatieren, dass das Vertrauen in die Wissenschaft bei 57 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung «hoch» oder «sehr hoch» ist - und bei lediglich 5 Prozent «gering» oder «sehr gering». 37 Prozent wählen die Mittelkategorie zwischen «hoch» und «gering». Diese Befunde kann man unterschiedlich bewerten. Festzuhalten ist aber, dass die Schweiz damit im internationalen Vergleich gut dasteht.

Während es für die Schweiz noch keine Messungen über längere Zeiträume gibt - das Wissenschaftsbarometer strebt das an -, gibt es solche Studien für andere Länder durchaus. Allerdings belegen sie keinen Vertrauensverlust: In Schweden ist das Vertrauen in Forschende seit 2003 leicht gestiegen, in Grossbritannien seit 1996. In den USA wird seit 1973 jährlich nach dem Vertrauen ins wissenschaftliche Führungspersonal gefragt, und selbst dort zeigt sich kein messbarer

Schwund, obwohl jüngst dieser Eindruck entstand und obwohl sich für andere Institutionen in den USA, etwa für die Medien, ein Vertrauensverlust zeigt.

Woran liegt das? Ist die verbreitete Wahrnehmung einer Vertrauenskrise der Wissenschaft möglicherweise ganz einfach falsch? Eine Erklärung wäre tatsächlich, dass das Vertrauen in die Wissenschaft nicht oder kaum gesunken ist. Möglicherweise sind die Zweifler und die Kritiker, die es auch früher schon gab, lediglich mutiger und lauter geworden - angetrieben durch die Möglichkeiten von Online-Medien und sozialen Netzwerken sowie öffentliche Aussagen prominenter Wissenschaftsgegner.

Eine zweite Erklärung könnte der sogenannte *science confidence gap* sein: Viele Menschen vertrauen zwar der Wissenschaft als System, aber weniger den konkreten Forschenden oder wissenschaftlichen Organisationen. Und sie sind - durchaus differenziert - bei einigen wissenschaftlichen Themen kritisch, bei anderen aber nicht.

Schliesslich könnte es sich auch um ein Messproblem handeln: Menschen, die der Wissenschaft negativ gegenüberstehen, sind möglicherweise weniger bereit, an wissenschaftlichen Befragungen teilzunehmen.

Fazit: Das öffentliche Wehklagen über eine Vertrauenskrise der Wissenschaften steht hierzulande auf schwachen Füßen. Das Vertrauen in die Wissenschaft und ihre Akteure ist weniger prekär, als teils befürchtet wird. Hinzu kommt, dass ein vollständiges, quasi blindes Vertrauen auch aus demokratietheoretischer Sicht gar nicht wünschenswert ist: Ein Teil der Entscheidungsträger, der Stakeholder, aber auch der Bürgerinnen und Bürger darf, ja muss durchaus kritisch auf die Wissenschaft und ihre Entwicklungen schauen. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird aufgrund der rasanten wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sogar immer wichtiger - zum Wohle der Gesellschaft, aber auch der Wissenschaft selbst.

Philipp Burkard und Mike S. Schäfer



Philipp Burkard

Mike S. Schäfer

Philipp Burkard, 50, ist Geschäftsführer der national tätigen Stiftung Science et Cité sowie Beirat des Wissenschaftsbarometers Schweiz.

Mike S. Schäfer, 42, ist Professor für Wissenschaftskommunikation an der Universität Zürich und Mitinitiator des Wissenschaftsbarometers Schweiz.